

Bildungspolitik | 07.03.2017 | Nr. 111/17

Heike Franzen: SPD, Grüne und SSW rechnen sich die schlechte Unterrichtsversorgung schön

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Heike Franzen, erklärte zum heute (7. März 2017) vorgestellten Bericht der Landesregierung zur schulischen Bildung:

„Der Schulbericht der Ministerin ist pure Augenwischerei. Von einer besseren Unterrichtsversorgung merken die Schulen überhaupt nichts. Die Zahlen der Ministerin zeigen auch warum: Anders als SPD, Grüne und SSW gerne behaupten, unterrichten heute an unseren Schulen nicht mehr, sondern weniger Lehrkräfte als im Schuljahr 2011/2012. In dieser Legislaturperiode sind rund 70 Planstellen abgebaut worden. Die Regierungskoalition rechnet sich die schlechte Unterrichtsversorgung schön“, so Franzen.

Es sei kein Wunder, dass die Beschwerden über Unterrichtsausfall in den letzten Jahren kein bisschen weniger geworden seien. „Die Klagen häufen sich, auch weil SPD, Grüne und SSW zum Beispiel mit den neuen gymnasialen Oberstufen zusätzliche Bedarfe geschaffen haben. Die zusätzlich benötigten Lehrerstellen fehlen eben an anderer Stelle. Die Schülerzahlen sind nicht in dem Maße abgesunken wie bisher prognostiziert. Was wir brauchen, ist eine echte Unterrichtsgarantie. Dafür will die CDU-Fraktion sorgen. Schließlich leidet unter Unterrichtsausfall auch die Bildungsqualität“, unterstrich Franzen.

Die Bildungspolitikerin wies zudem auf eine Reihe bildungspolitischer Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre hin.

„Die Abschaffung der Schulartempfehlungen oder der Querversetzungen oder auch die Reform der Lehrerausbildung sind für unsere Schülerinnen und Schüler alles andere als förderlich. SPD, Grüne und SSW haben mit ihren Schulreformen gezeigt, dass sie ihre Bildungspolitik allein an ideologischen Motiven und nicht an den Bedürfnissen der Kinder ausrichten. Darum müssen endlich wieder die Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt stehen. Das gilt auch bei der Inklusion. Nicht auf die Quote darf es ankommen, sondern auf die Qualität. Anstatt Lehrkräfte Zusatzqualifikationen erwerben zu lassen, hätten SPD, Grüne und SSW besser mehr Sonderpädagogen ausgebildet. Die notwendigen Personalbedarfe lassen sich nun einmal nicht alleine mithilfe von Erziehern, Schulassistenten und einer Zusatzausbildung „Sonderpädagogik“ decken“, so Franzen.